

Deutschland bietet Seefernaufklärer P-3C Orion für Mittelmeer-Mission an

Veröffentlicht am 31.03.2020 | Lesedauer: 3 Minuten



Von **Thorsten Jungholt**
Politischer Korrespondent

Die Europäische Union kehrt nach einjähriger Abwesenheit mit Schiffen zurück aufs Mittelmeer. Das UN-Waffenembargo gegen Libyen soll aber nicht nur vom Wasser aus überwacht werden – sondern auch aus der Luft. Deutschland macht ein konkretes Angebot.

Deutschland will sich mit einem Flugzeug an der neuen EU-Operation „Irin“ im Mittelmeer zur Überwachung des UN-Waffenembargos gegen Libyen beteiligen. Im Rahmen einer Truppenstellerkonferenz an diesem Dienstag in Brüssel handeln die europäischen Staaten die militärischen Fähigkeiten aus, die sie in die Mission einbringen.

Nach WELT-Informationen bietet Deutschland an, einen Seefernaufklärer P-3C Orion (<https://www.bundeswehr.de/de/ausruestung-technik-bundeswehr/luftsysteme-bundeswehr/p-3c-orion-seefernaufklaerer>) mit Besatzung zu stellen. Mit dem Aufklärungsflugzeug der Marine, ausgestattet mit diversen Sensoren und einer mindestens elf Soldaten umfassenden Crew, kommt die Bundesregierung einerseits den Erwartungen der EU-Partner nach. Andererseits hält sie sich aber auch an die Ankündigung von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), zunächst keine Schiffe zu schicken.

Die Ministerin hatte in einer Rede vor der Deutschen Maritimen Akademie am 12. März mit Blick auf die Operation „Irin“ gesagt: „Ich bin noch zurückhaltend, was ein mögliches Engagement unserer Marine betrifft. Zumindest in der ersten Phase werden wir dort keine Schiffe und Boote hinschicken.“ Sie wolle keine Schiffe aus bestehenden Aufgaben herauslösen, begründete Kramp-Karrenbauer. Außerdem müsse „in Libyen erst Klarheit über die politische Lösung bestehen, bevor wir die Bundeswehr einsetzen“.

Unter Diplomaten galt diese Vorgabe als heikel, weil Deutschland seit der Organisation der Libyen-Konferenz in Berlin im Januar eine politische Führungsrolle im internationalen Vermittlungsprozess übernommen hat. Damals war unter anderem das UN-Waffenembargo

bekräftigt worden, das bereits seit 2011 gilt, aber weitgehend unwirksam ist. Um das zu ändern, sollen die libyschen Grenzen nun aus der Luft und von der See aus überwacht werden. Der außenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, Jürgen Hardt (CDU), sagte: Für ihn sei klar, „dass sich Deutschland als Ausrichter der Libyen-Konferenz auch substantiell an dieser Mission beteiligen muss“.

Das Verteidigungsministerium wollte das Angebot, einen Seefernaufklärer zu entsenden, zunächst noch nicht bestätigen. Der deutsche Beitrag hänge auch „von den Angeboten anderer Länder ab“, hieß es auf WELT-Anfrage. Im Rahmen einer vertraulichen Unterrichtung des Bundestags wurde die beabsichtigte Entsendung des Flugzeugs aber bestätigt. Danach soll auch Personal in das Hauptquartier der Mission in Rom geschickt werden. Das Kabinett will Mitte April einen entsprechenden Beschluss fassen, danach wird das Parlament über den neuen Auslandseinsatz abstimmen.

Die Mission „Irimi“ löst die Operation „Sophia“ ab, die Ende März ausläuft. Letztere ist schon seit einem Jahr nicht mehr mit Schiffen im Einsatz, weil sich die EU-Staaten nicht auf die Verteilung von während des Einsatzes aus Seenot geretteten Migranten einigen konnten. Ursprünglich sollte auch „Sophia“ Schmuggel und Menschenhandel im Mittelmeer eindämmen.

Bereits am vorigen Donnerstag hatten sich die Botschafter der 27 EU-Staaten grundsätzlich auf ein Mandat für die neue Operation „Irimi“ geeignet (</politik/ausland/article206820409/Irimi-EU-Staaten-einigen-sich-auf-Mandat-fuer-neue-Marinemission.html>). Mit ihr soll das Waffenembargo nicht nur vom Meer aus, sondern auch aus der Luft und per Satellit überwacht werden. Der maritime Teil der Mission war dabei streitig diskutiert worden.

Länder wie Österreich und Ungarn hatten Bedenken (</politik/ausland/article205568705/Merkel-haelt-neue-Seenotrettung-fuer-sinnvoll-Kurz-haelt-dagegen.html>), ein solcher Einsatz könnte dazu führen, dass wieder mehr Migranten die gefährliche Überfahrt von Afrika nach Europa wagen, weil sie davon ausgehen könnten, gerettet zu werden.

Diesen Bedenken trug die Einigung der Außenminister Rechnung. Danach sollen die Schiffe diesmal nicht im zentralen Mittelmeer, sondern deutlich weiter östlich eingesetzt werden,

fernab der Fluchtrouten, etwa vor Bengasi oder dem Suezkanal. Außerdem will die EU weiter die libysche Küstenwache und Marine ausbilden.

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/206918739>